



Antrag

der Abgeordneten **Helga Schmitt-Bussinger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl SPD**

Bericht zur Kooperationsvereinbarung von Polizei und privater Sicherheitswirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport über die Einzelheiten der Pilot-Kooperationsvereinbarung zwischen dem Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, dem Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) und der Landesgruppe Bayern des Bundesverbands der Sicherheitswirtschaft sowie dem Bayerischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSW) zur Stärkung der Öffentlichen Sicherheit durch Polizei und private Sicherheitsunternehmen für die Ballungsräume München und Nürnberg zu berichten.

In dem Bericht soll insbesondere dargelegt werden, welche Ziele und Aufgaben die Pilot-Kooperationsvereinbarung hat, welche privaten Sicherheitsdienstleister an der Kooperationsvereinbarung beteiligt sind, an welche Teilnahme- und Qualitätskriterien die Beteiligung von privaten Sicherheitsdienstleistern an der Kooperationsvereinbarung geknüpft ist, wer über die Beteiligung von privaten Sicherheitsdienstleistern an der Kooperationsvereinbarung entscheidet und ob die Landeshauptstadt München und die Stadt Nürnberg bzw. die weiteren Städte und Gemeinden in den Ballungsräumen München und Nürnberg sowie die Landratsämter in den beiden Ballungsräumen über die Kooperationsvereinbarung informiert wurden, ob sie daran beteiligt werden und wenn nein, was die Gründe dafür sind, die Gemeinden und die Landratsämter in den beiden Ballungsräumen als Sicherheitsbehörden an der Kooperationsvereinbarung nicht zu beteiligen.

Begründung:

Am Rande des 4. Bayerischen Sicherheitstags des Bundesverbands der Sicherheitswirtschaft (BDSW) und des Bayerischen Verbands für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSW) haben am 6. Juli 2015 das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, der Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) und die Landesgruppe Bayern des Bundesverbands der Sicherheitswirtschaft sowie der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSW) eine Pilot-Kooperationsvereinbarung geschlossen, mit der die Zusammenarbeit zwischen Bayerischer Polizei und privaten Sicherheitsdiensten in den Ballungsräumen München und Nürnberg weiter vertieft werden soll. Wie das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr und der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e.V. berichteten, hat die Pilot-Kooperationsvereinbarung vor allem das Ziel, frühzeitig Sicherheitsgefahren zu erkennen, das Entdeckungsrisiko für Straftäter zu erhöhen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Im Mittelpunkt stehe unter anderem die engere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Einbruchskriminalität. Die privaten Sicherheitsdienstleister hätten sich durch ihre professionelle präventive Aufgabenwahrnehmung zu einem kompetenten Kooperationspartner entwickelt. Es gehe z.B. darum, dass die Sicherheitsdienstleister bei ihrer täglichen Arbeit auf verdächtige Situationen achteten und ihre Beobachtungen schnell an die Polizei weitergeben. Daraus ergebe sich eine Ergänzung des polizeilichen Lagebilds. Im Einzelfall würden die an der Kooperationsvereinbarung zugelassenen privaten Sicherheitsdienstleister die Polizei bei Öffentlichkeitsfahndungen unterstützen. Die Polizei könne im Gegenzug aktuelle Erkenntnisse zum konkreten Vorgehen von Täterbanden weitergeben. Auf Seiten der Polizei und der privaten Sicherheitsunternehmen würden zentrale Informations- und Ansprechstellen eingerichtet werden.

Das gemeinsame Pilotprojekt ist auf ein Jahr angelegt. Danach soll entschieden werden, ob die Kooperationsvereinbarung über die Ballungsräume München und Nürnberg hinaus auf ganz Bayern ausgeweitet wird.